

Volkshochschule Osnabrück
in Kooperation mit der „Griechenland-Solidarität“

Griechenland unter der Troika – Aus dem Scheitern lernen

*Vortrag mit Diskussion am 17. Juni 2019
mit Prof. Dr. Rudolf Hickel*

Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

iaw

 **Universität Bremen***

Leitfragen zum Vortrag

Im zehnten Jahr der Krise Griechenlands- Rückblick und wie geht es weiter?

- Was sind die Ursachen der Griechenlandkrise?
Fehler der Währungsunion, Finanzmarktkrise, soziale Spaltung Griechenland mit intensiver Korruption
- Warum war im Eurosystem der Fall ein Land in der Krise nicht vorgesehen?
- Was sind die Ziele und Instrument der Troika-Rezeptur?
Finanzhilfen in drei Paketen gegen den Preis einer Austeritätspolitik
- Haben die Rettungsschirme bei der Abschottung gegen Spekulationsgeschäfte auf den Finanzmärkten gewirkt?
- Welches waren die aufoktroyierten Maßnahmen der Austeritätspolitik?
Streichung Staatsausgaben, sozial ungerechte Steuererhöhungen, Privatisierungen
- Welche Lehren werden gezogen? Weiterentwicklung Eurosystem/ EU

Einbettung Griechenlands in die bisherige unvollständige Architektur der neoklassisch, neoliberal geprägten Währungs- und Wirtschaftsunion

- Der Binnenmarkt: Die vier Freiheiten mit unzureichenden Mindeststandards
 - Der EU-Haushalt: ohne eigene EU-Steuer
 - Kohäsionspolitik mit regionalen/sozialen Strukturfonds weiterentwickeln
 - Das krisengeschüttelte Eurosystem durch Europäischen Währungsfonds stärken durch Ausbau eines Europäischen Währungsfonds (EWF)
 - Die Geldpolitik: Mit Nullzinspolitik erfolgreich gegen die drohende Deflation
 - Die durch Austeritätspolitik ausgebremste Wirtschaft
 - Die Finanzunion mit dem Kernprojekt Bankenunion
 - Vergemeinschaftung der sozialen Sicherungssysteme: Beispiel Arbeitslosenversicherung
- Verdrängte Agenda***
- + Schaffung einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik
 - + Ausbau zur Umweltunion über den Schritt Umweltallianz (Vorschlag EU-Parlament)

Die entscheidende Ursache schwerer Fehler der Griechenland-Sanierung:

Die Reduktion auf die Währungsunion
(ohne ein Konzept der wirtschafts-
strukturellen Entwicklung);
Krisenländer waren nicht vorgesehen!

Blick auf das Großprojekt EURO- Währung:
19 von künftig 27 EU-Mitgliedern

Maastrichter Vertrag 1990/92:

Knappe Zeitachse zur Vorbereitung und Auswahl der
Mitgliedsländer:

1.1. 1999 **Vor zwanzig Jahren: Start des Euro**

(zunächst als Buchwährung)

1.1. 2002 **Euro-Münzen und –Banknoten** werden endgültig
als Zahlungsmittel eingeführt.

Euro zu DM auf der Basis des am Ende festgesetzten ECU: **1 EUR = 1,95583 DM**



Defizite bei der Schaffung der WU: Monetär-Lastigkeit der Gesamtarchitektur

1. Maastrichter Vertrag: **Reduktion** auf Binnenmarkt + Währungsunion.
2. Fünf Konvergenzkriterien ausschließlich auf **Geldwertstabilität** (Inflationsvermeidung) ausgerichtet: *Vergemeinschaftung der staatlichen Schuldenpolitik* reduziert auf die Eindämmung der Geldentwertung (maximal 3% Neuverschuldung und 60% Gesamtschulden bezogen auf BIP).
3. **Konvergenz der Realwirtschaft** nicht vergemeinschaftet: Gesamtwirtschaftliche, wirtschaftsstrukturelle Konvergenzkriterien fehlen (nicht berücksichtigt: Produktionspotenzial, internationale Konkurrenzfähigkeit, Außenhandelsungleichgewichte, Steuersysteme)
4. Keine Impulse zur **Vergemeinschaftung des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit** und Armut: Ein Land mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 3% kann nicht Mitglied werden!
5. **Krisenentwicklungen** wie in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland wurden komplett ausgeschlossen: Keine Agenda für vergemeinschaftete Krisenbekämpfung
Als die Fälle vor allem nach der Finanzmarktkrise nicht mehr zu leugnen waren:
Antwort durch ein „**muddling through**“ auf der Leitspur: **marktfundamentalistische Austeritätspolitik**



Griechenland in der EU und im Eurosystem

1981 tritt Griechenland in die EU ein.

2001 Aufnahme in das Europäische Währungssystem:

Makrodaten im Jahre 2001:

- * Wirtschaftswachstum (real) über 4%
- * Arbeitslosigkeit 8,3%
- * Inflation 3,05 %

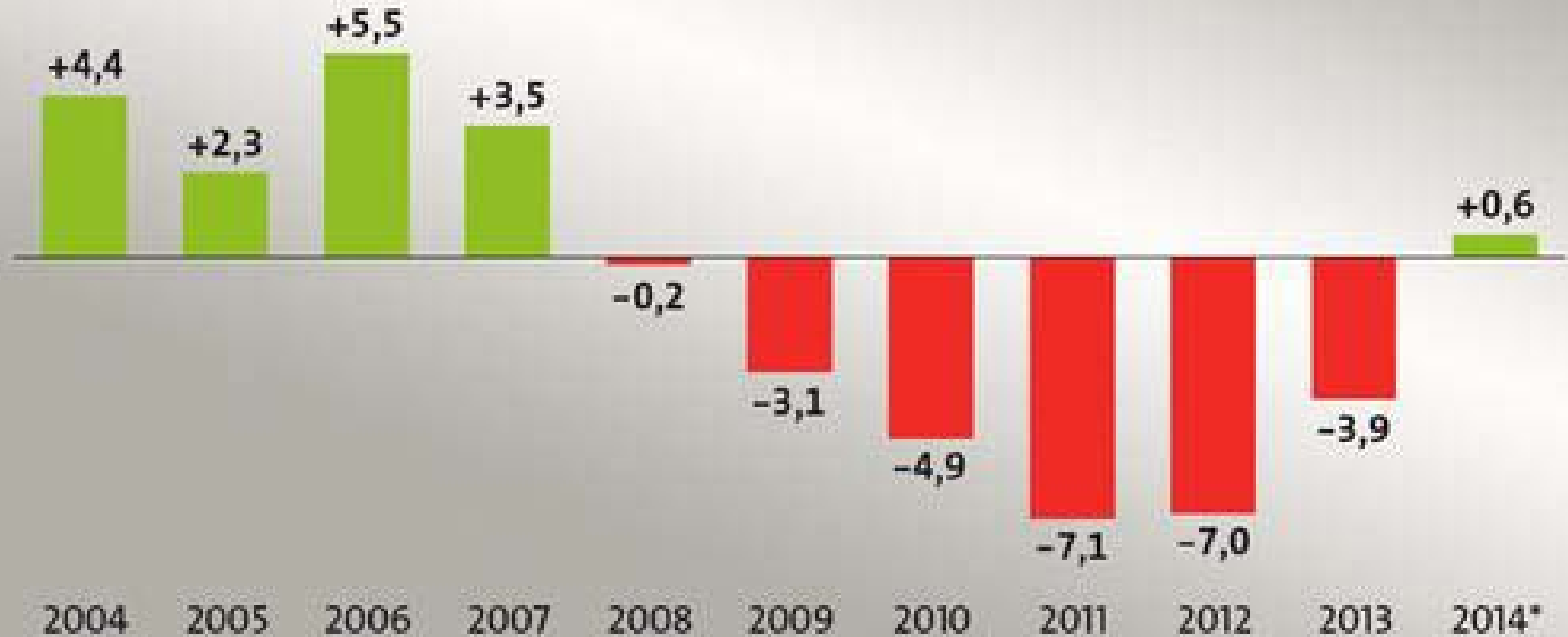
- * Staatsverschuldung bezogen auf das BIP: knapp über 100%

Nachfolgend: **Einige Grafiken zur Entwicklung makroökonomischer Größen ab 2004**

Entwicklung des griechischen BIP



IN %

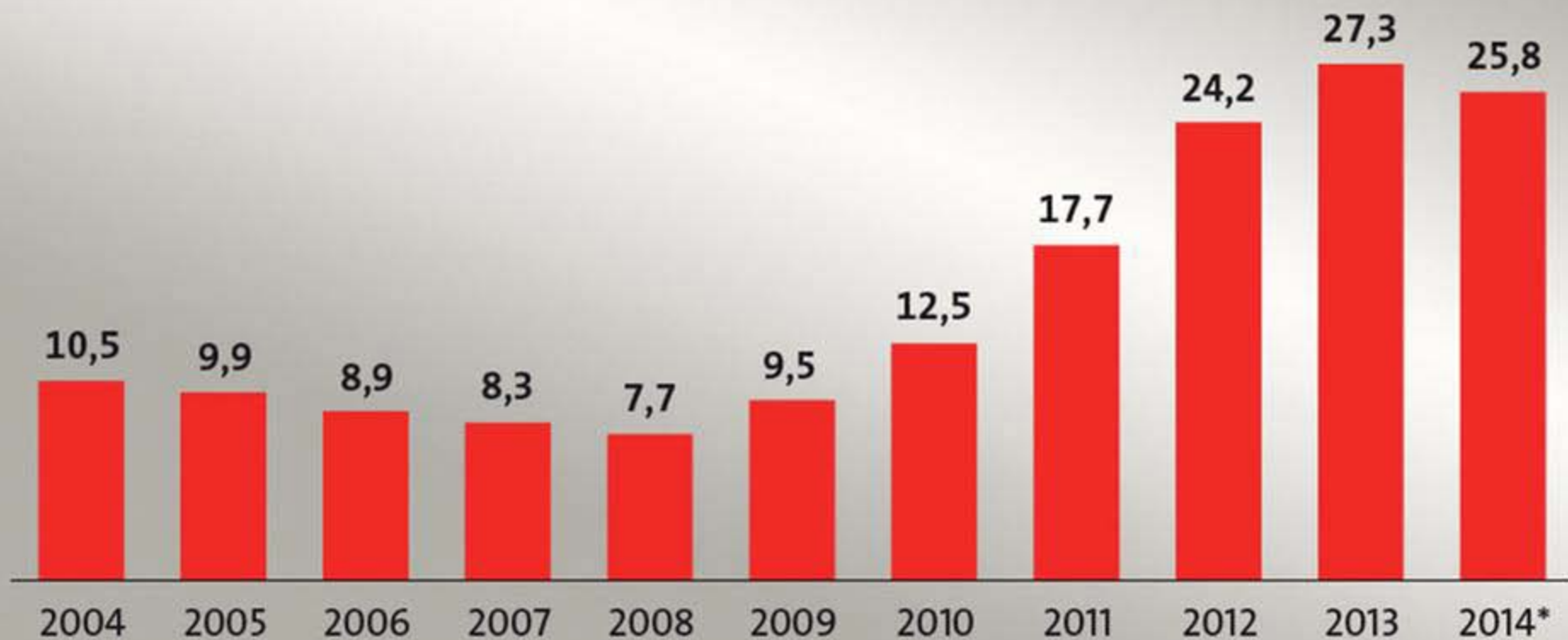


* GESCHÄTZT

Quelle: IWF **statista**

Arbeitslosenquote in Griechenland

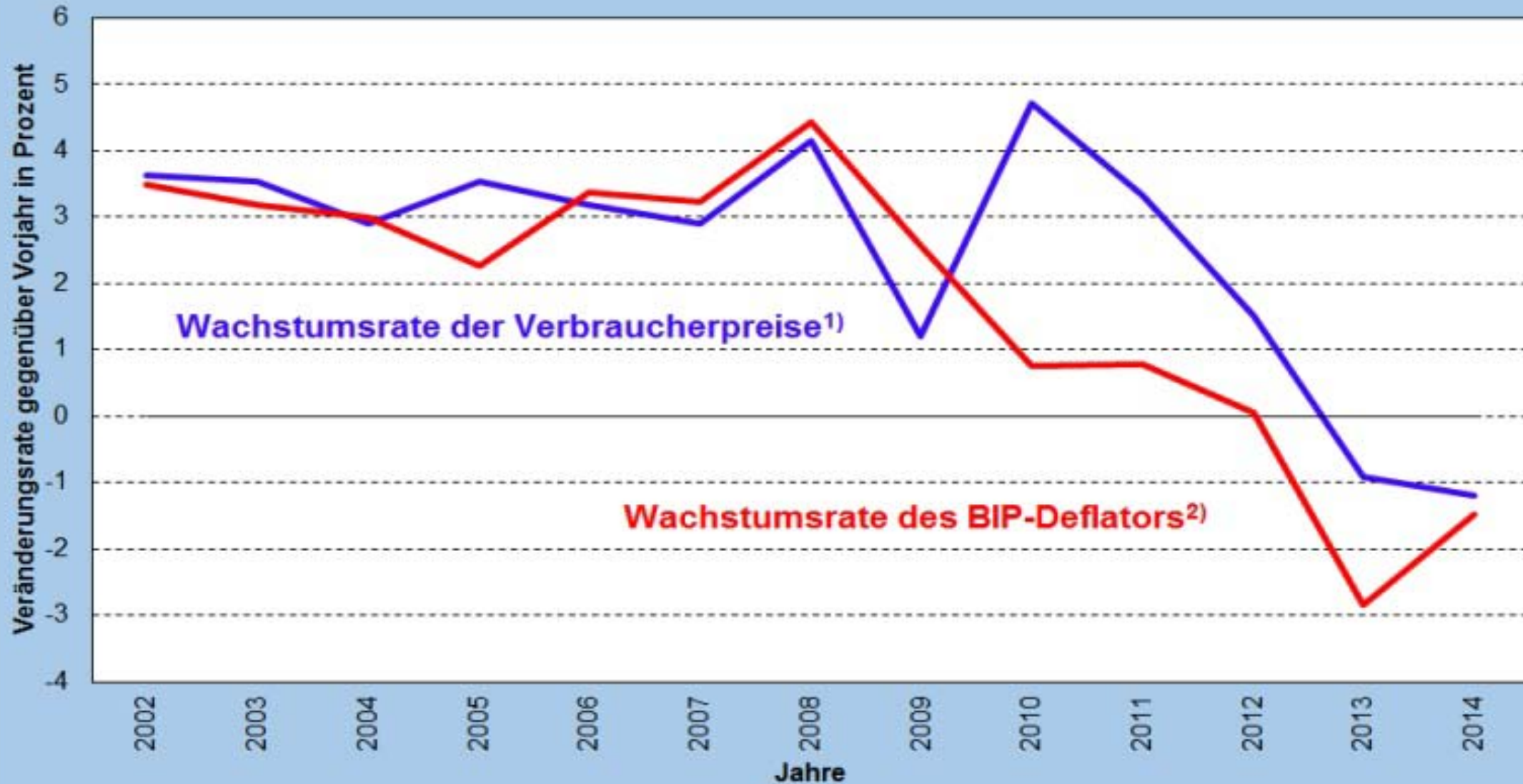
IN % DER ERWERBSBEVÖLKERUNG



* GESCHÄTZT

Quelle: IWF **statista**

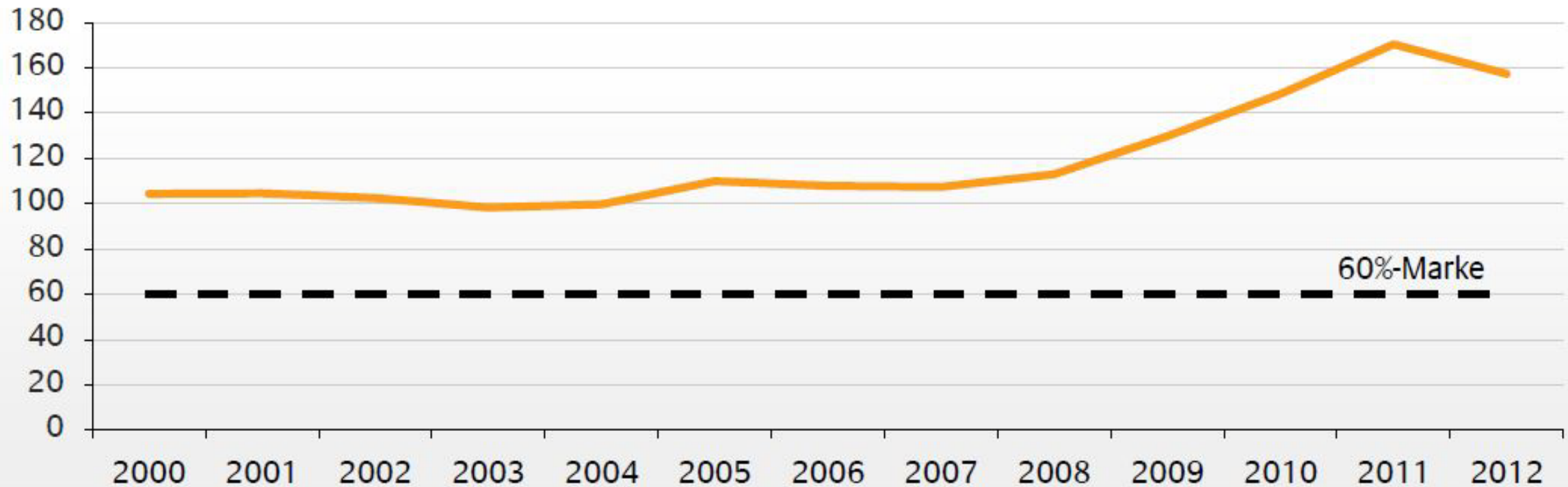
Griechenland steckt in der Deflationsfalle



Rückgang der Inflationsrate im Zuge des Wachstumsniedergangs

¹⁾ 2014: Monatswerte Januar bis November gegenüber Vorjahr. ²⁾ 2014: Schätzung der EU-Kommission.
Quellen: Griechisches Statistikamt EL.STAT, Ameco Datenbank (Stand: November 2014).

Abbildung 2: Staatsverschuldung in Griechenland
in % des BIP



Quelle: Ameco-Datenbank, September 2014.

Staatsverschuldung in Griechenland in % des BIP: 2001 ca. 40 Prozentpunkte über dem Maastrichter Konvergenzkriterium

Manipulation durch Goldman Sachs: Durch ein kompliziertes Währungsgeschäft konnte die Investmentbank Goldman Sachs gegen gute Bezahlung den Schuldenstand um 2,8 Mrd. € runtermanipulieren. Dazu wurden griechische Staatsanleihen erst in Dollar und dann in Yen mit fiktiven Wechselkursen getauscht.

Die neoklassisch marktfundamentalistischen Urfehler der sog. Griechenlandrettung

Hinderliche Rahmenbedingungen:

- * Im Maastrichter Vertrag und nachfolgenden Verträgen: Absturz eines Mitgliedslandes konzeptionell nicht vorgesehen; Zwang zum „learning by doing“ auf der Basis eines Marktoptimismus
- * Bereitschaft zur notwendigen weiteren Vergemeinschaftung (etwa Eurobonds) durch neoliberale Dominanz blockiert
- * Drohung – auch durch Wolfgang Schäuble – mit dem Grexit (zurück zur Drachme)

Das Konzept der konditionierten Finanzhilfen

Leistung: Finanzhilfen zur Rettung der Kreditgläubiger in drei Paketen einschließlich der Zinszahlungen Griechenlands etwa nach Deutschland

Gegenleistung: In Memoranden konditionierte Austeritätspolitik durch

- * Abbau der Staatsausgaben vor allem im Sozialbereich, Lohnabbau
- * Erhöhung sozial ungerechter Steuern
- * Privatisierung (Flughäfen, Hafen von Piräus, öffentlicher Unternehmen)

Paul Krugman: Verweist auf pseudoreligiöse Ideologie: Wer verschwenderisch Schulden

macht, der muss dafür zur Sühne Opfer bringen!

Die institutionellen Rahmenbedingungen und die drei Rettungspakete

1. **Die autoritäre Troika: EU-Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds: Entscheidet über Memoranden, also Auflagen, und überwacht diese:** Varoufakis berichtet über die Dominanz vor allem des Bundesfinanzministers Schäuble sowie die unübersehbare Inkompetenz in den Gremien.
2. Das **Finanzhilfesystem:** Seit 2013 der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM); Vorläufer ab 2010: *EFTF* (Europäische Finanzierungs-Fazilität: Volumen 500 Mrd. € + EFSM mit 60 Mrd. €)
3. Die **drei Rettungspakete:** Volumen der Finanzhilfen verbunden mit Auflagen in sog. Memoranden, denen das griechische Parlament zustimmen musste. Sinnvoll zur Abschottung gegen Spekulationsgeschäfte auf den Absturz Griechenlands, aber Auflagenpolitik hat den Zusammenbruch beschleunigt.

Der institutionelle Rahmen der Troika

(EU-Kommission / Europäische Zentralbank/ IWF)

Vorläufer ab 2010:

EFTF (Europäische Finanzierungsfazilität)

Volumen 500 Mrd. € (mit EFSM, 60 Mrd. €), temporär ausgerichtet

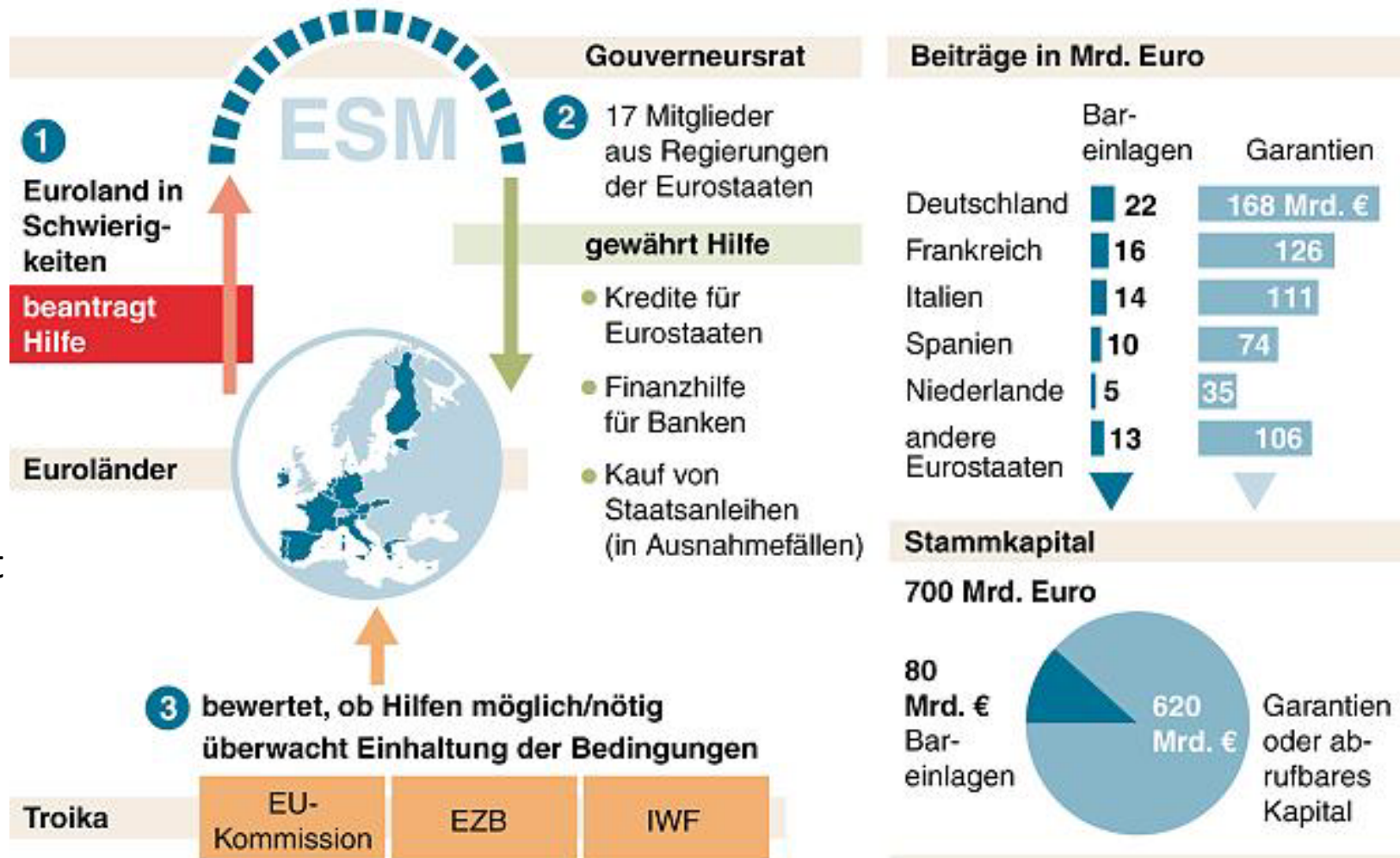
Abgelöst durch den **ESM** ab Mitte 2013

Volumen von 780 Mrd. € für Länder bei Bedarf an Finanzhilfen mit Konditionierung, mittelfristige Ausrichtung

Der Eurostabilitätsmechanismus ESM



Der ESM soll langfristig die Zahlungsfähigkeit der Euroländer und ihrer Banken sicherstellen.



Die drei Euro-Rettungspakte

Rettungspakt I (2010-2013): Bilaterale Kredite, für die Griechenland an die anderen Eurostaaten Zinsen bezahlen muss. (2014 waren das 400 Mio. €)

Geldgeber	Zusagen	Ausgezahlt	Übertrag auf 2. Programm
Euro-Staaten	80,0 Mrd. Euro*	52,9 Mrd. Euro	24,4 Mrd. Euro
IWF	30,0 Mrd. Euro	20,1 Mrd. Euro	9,9 Mrd. Euro
GESAMT	110,0 Mrd. Euro	73,0 Mrd. Euro	34,3 Mrd. Euro

Rettungspaket II für Griechenland (2012-2014)

Quelle: BMF/EFSF;

Hilfen des EFSF und IWF in mehreren Tranchen. Vom Gesamtvolumen 48 Mrd. € Kapitalhilfen für Banken + 61,1 Mrd. € für allgemeine Kredithilfen + 35,5 Mrd. € durch den Schuldenschnitt für Private im Frühjahr 2012 (finanzielle Anreize für den Umtausch in EFSF-Papiere).

Geldgeber	Zusagen	Ausgezahlt
EFSF	144,5 Mrd. Euro	130,9 Mrd. Euro
IWF	19,1 Mrd. Euro	11,8 Mrd. Euro
GESAMT	163,6 Mrd. Euro	142,7 Mrd. Euro

Rettungspaket III für Griechenland (2015-2018)

Quelle: ESM; Stand: 30. Juni 2018

Nach wochenlangen Verhandlungen im August 2015 Einigung.

Um Tranchen bezahlt zu bekommen, muss Griechenland mit einem Memorandum harte Austeritätsmaßnahmen realisieren (komplette Unterwerfung unter die Troika)

In einer Volksabstimmung am 5. Juli 2015 wurde das „Memorandum“ mit 61,3% abgelehnt. Die Tsipras-Regierung setzte das Memorandum Schritt für Schritt durch. Varoufakis verließ die Regierung.

Geldgeber	Zusagen	Ausgezahlt
ESM	86,0 Mrd. Euro	46,9 Mrd. Euro
GESAMT	86,0 Mrd. Euro	46,9 Mrd. Euro

Beispiel drittes
Rettungspakt:

*Wo das Geld
hinfließt?*

Zufluss durch
Privatisierung +
Primärüberschuss;
Keine Mittel für
Infrastrukturpolitik.

Gesamtüberblick (Mrd. €)		
Schuldendienst		54,1
Tilgung	30,5	
Rückzahlung EFSM-Darlehen	7,0	
Zinszahlungen	16,6	
Begleichung Zahlungsrückstände		7,0
Liquiditätspuffer/Wiederauf- füllung SZR-Bestände		7,6
Bankenrekapitalisierung		25,0
Privatisierung		-6,1
Primärüberschuss		-2,0
Bruttofinanzierungsbedarf insgesamt		85,5

Finanzhilfen dienen der „Rettung“ der Griechenlandgläubiger

Studie von Jörg Rocholl und Axel Stahmer: „Wie die Hilfgelder für Griechenland ausgegeben wurden und daraus resultierende politische Konsequenzen“ (2016)

Frage: Wie hoch sind die aus den drei Hilfsprogrammen seit 2010 in den griechischen Haushalt geflossenen Beträge?

Der Großteil der von den verschiedenen EU-Stabilitätsprogrammen und dem IWF zur Verfügung gestellten Finanzmittel werden zu Zahlungen bereits bestehender Schulden genutzt.

Nur Anteil von 5% der ersten beiden Programme (ca. 10 Mrd. €) floss in den griechischen Staatshaushalt. 95% wurden für Zinsen, Schuldentilgung, Kosten für Banken-Rekapitalisierung und Umschuldung genutzt .

Erfolg der Abschirmung mit Hilfspakten gegenüber den Finanzmärkten + Geldpolitik: Machen Spekulationen auf sog. Pleitestaaten sinnlos

1. Die Rettungsschirme für die Krisenländer: Erfolgreiche Abschottung gegenüber den Finanzmärkten gegen Spekulationsgeschäfte auf den Absturz Griechenlands

Jedoch, gesamtwirtschaftliche Kosten der Rettung durch die Auflage zur Austeritätspolitik in den Krisenländern viel zu hoch!

2. Übergreifend die entschiedene Politik der Europäischen Zentralbank

Geldpolitik gegen Spekulanten auf den Absturz von Krisenländern

Draghis Ceterum censeo (... Carthaginem esse delendam”)

Am 26. Juli 2012 in London vor einer kleinen Gruppe weltweit für die

Finanzmärkte relevanter Investoren: *Whatever it takes!* (“...was auch nötig ist, um den Euro zu retten. Und glauben Sie mir, es wird genug sein“)

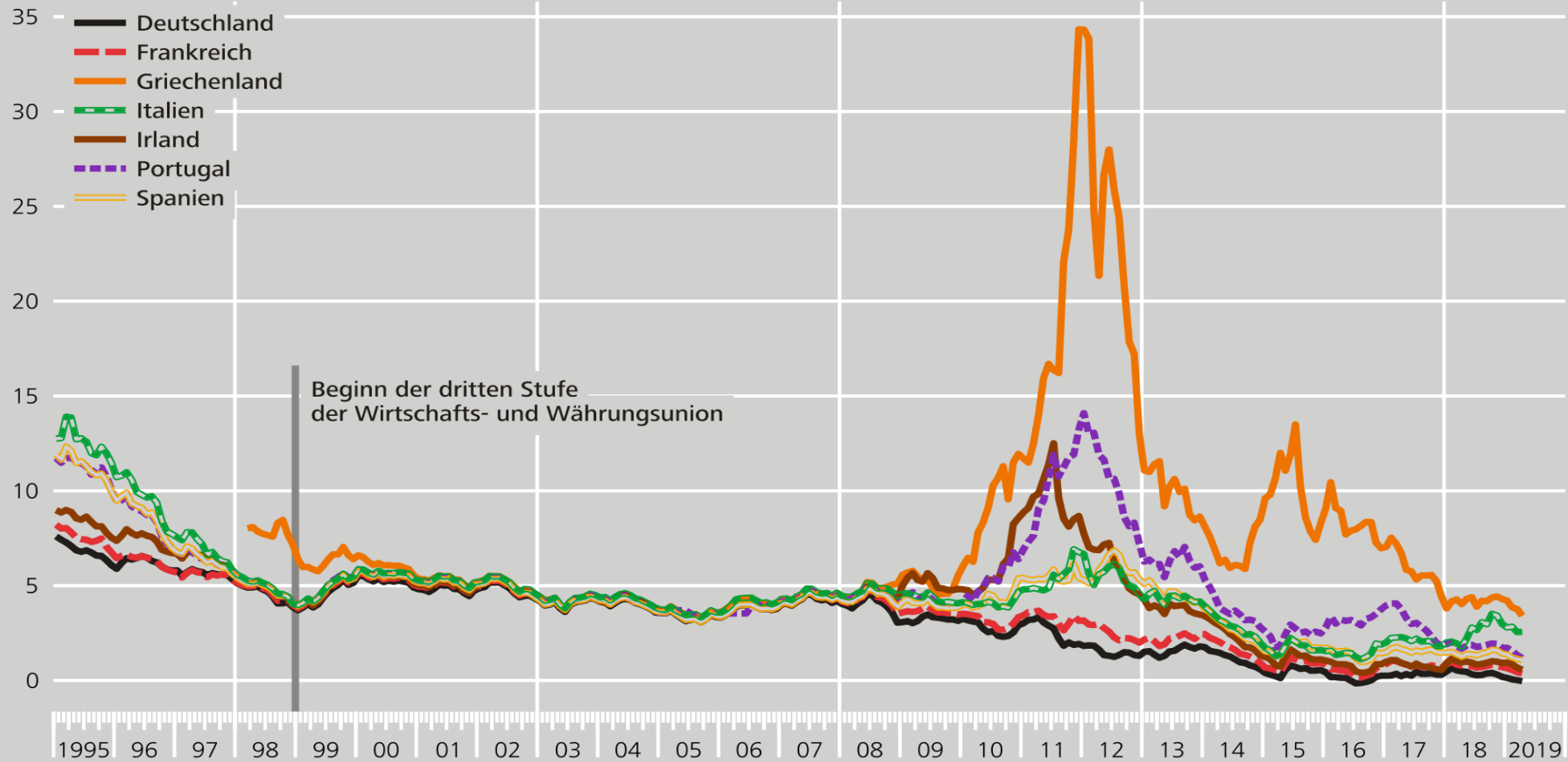
3. Expansive Geldpolitik der EZB (Nullzinspolitik; Anleihekäufe, Strafzinsen) gegen Deflationstendenz

Erfolg der Rettungsfonds:

Durch Abschottung gegen Spekulationsgeschäfte auf Krisenländer (Zinsswaps) die Renditen wieder gesenkt!

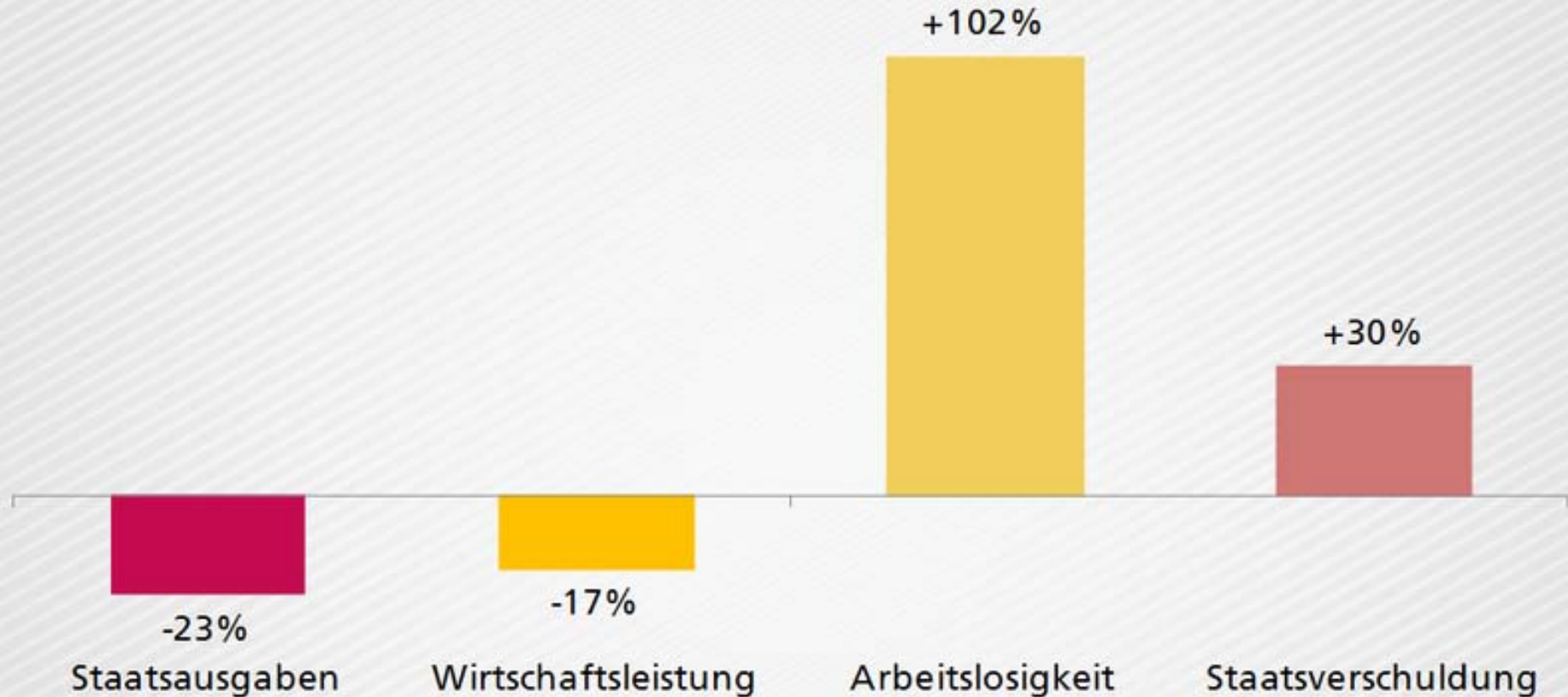
Renditen zehnjähriger Staatsanleihen in ausgewählten Ländern des Euroraums

Monatsdurchschnitte in %



Misserfolg der Rettungspakte: Zwang zur Austeritätspolitik

Griechenland: schädliche Kürzungspolitik (2010 bis 2014)



Staatschulden: Reale Staatsausgaben, Wirtschaftsleistung: Reales Bruttoinlandsprodukt
Staatsverschuldung: Verhältnis der gesamten Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt
Veränderung in Prozentpunkten

ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Eurostat, Ameco Datenbank

Bruttoinlandsprodukt Griechenland 2010 – 2017: Ballons und Wirklichkeit

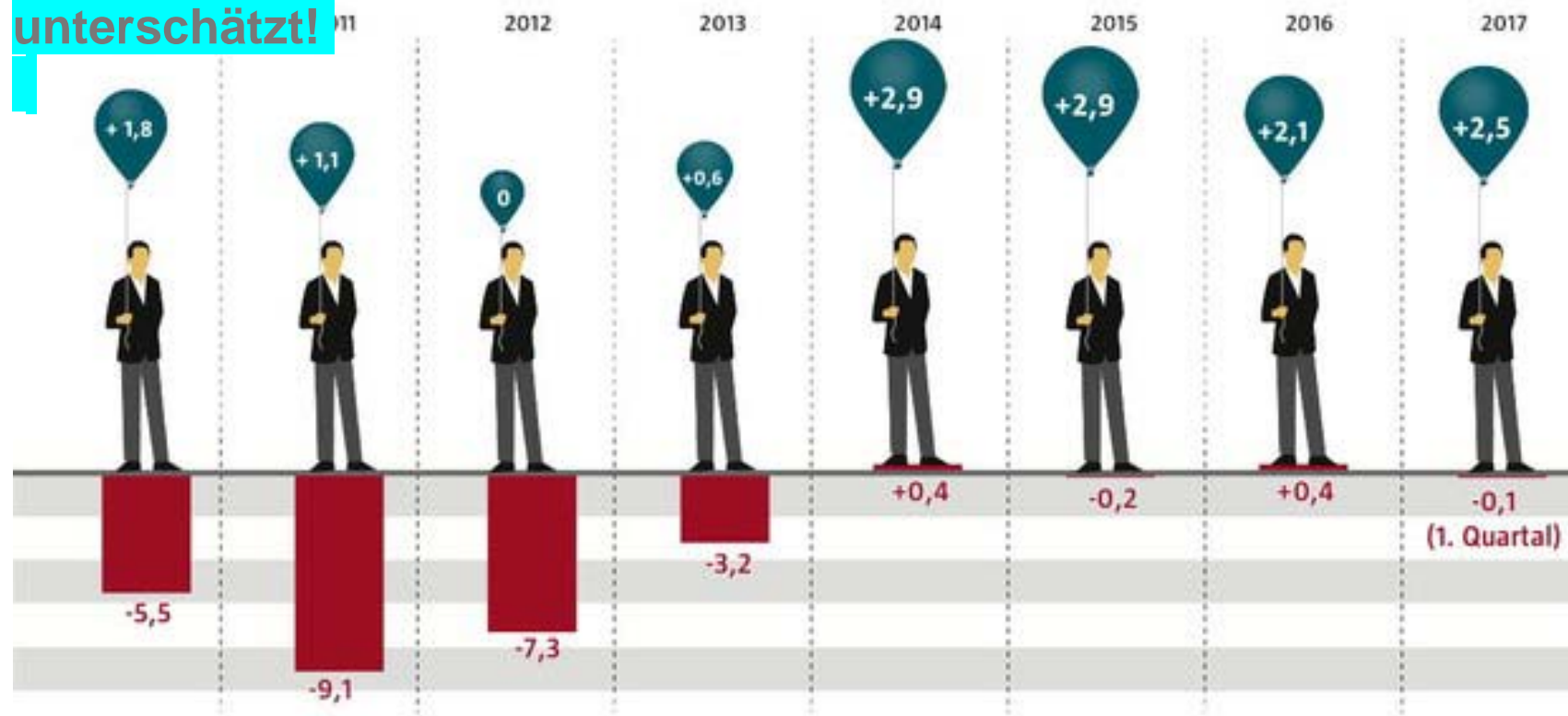
Ballons: Fehlprognosen der EU-Kommission zum Wirtschaftswachstum für nächstes Jahr! **Durch den IWF 2013 zugedebener Irrtum: Negativer Multiplikator der**

Staatsausgaben-

kürzungen nicht 0,5 sondern 1,5: Kürzung um 1 Euro führt zum

Produktionsrückgang um das 1,5-fache! Realwirtschaftlichen Absturz

unterschätzt!



BRUTTOINLANDSPRODUKT tatsächliche Entwicklung

laz-Grafik: infotext-berlin.de

Momentaufnahme (Ende Januar 2015) zum schrumpfenden Griechenland 2010-2014

- Das gesetzliche Renteneintrittsalter wurde auf 67 Jahre erhöht
- 30 Prozent der Unternehmen wurden geschlossen
- die Einkommen sanken um 38 Prozent, um 45 Prozent die Renten, die Löhne um 23,8 Prozent
- das Bruttoinlandsprodukt fiel um 25 Prozent
- die Haushaltseinkommen sind um 30 Prozent geschrumpft
- die Kindersterblichkeit stieg um 42,8 Prozent, 37 Prozent der Schulkinder leiden unter Ernährungsunsicherheit, 27 Prozent kennen sogar Hunger
- die Suizidrate explodierte um 272,7 Prozent, täglich geschahen zwei Selbstmorde
- die Investitionstätigkeit ist um 84,3 Prozent abgestürzt
- die Armutsrate ist um 98,2 Prozent gestiegen, 450.000 Familien sind ohne Erwerbsperson
 - mehr als drei Millionen Menschen sind ohne Krankenversicherung, mehr als 20.000 EinwohnerInnen Athens sind auf Suppenküchen angewiesen
- die Steuerbelastung für Menschen mit mittleren Einkommen hat um 25 Prozent zugenommen
- die Eigentumssteuer, die sich wesentlich auf Immobilien bezieht, ist um mehr als das Fünffache

Kurzer empirischer Blick auf die Entwicklung seit dem Start in die Griechenlandrettung ab 2010 bis 2018

- Erst der massive Absturz vor allem durch die Austeritätspolitik**
- Dann Stillstand: noch stärker abwärts ging es nicht mehr!**
- Langsame Erholung allerdings auf der Basis einer geschrumpften Wirtschaft sowie verbreitetem sozialen Elend.**

Privatisierungsprogramm durchgeführt: Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF)

Durch Privatisierungen über die HRADF seit 2011 – 2015 Privatisierungserlöse ca.. 5,8 Mrd. € (noch nicht alle ausgezahlt); Zielgröße 50 Mrd. € aus Privatisierungen nicht realisierbar!

Tab. 1
Große Privatisierungsprogramme

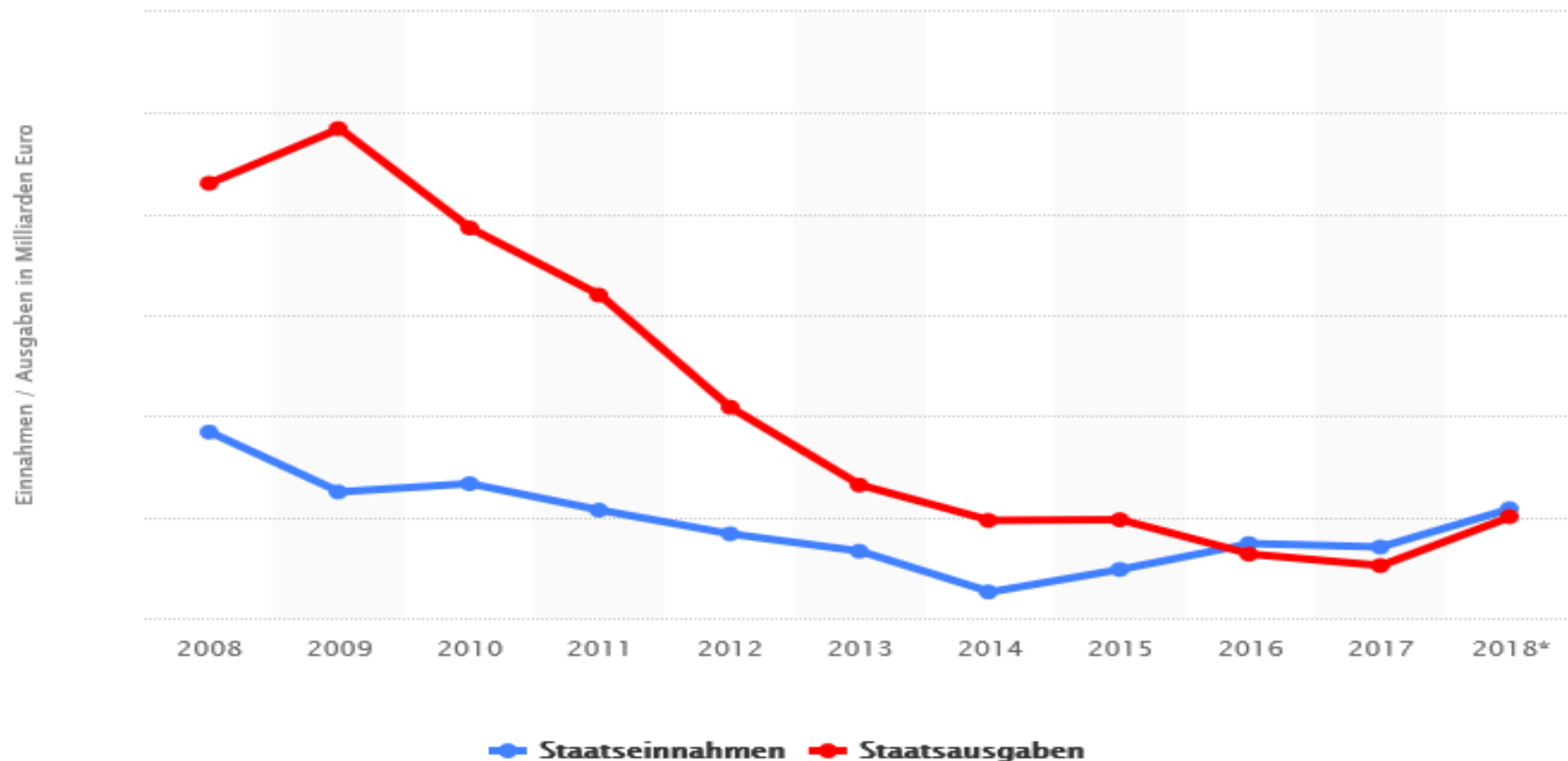
	Vermögenswert	Käufer	Erlös
2016	Hafen von Piraeus	Cosco Group	369 Mio. Euro (+ 410 Mio. Euro Konzessionen bis 2052)
2015	14 regionale Flughäfen	Fraport AG	1,2 Mrd. Euro (+ 916 Mio. Euro Konzession über 40 Jahre)
2014	Radiofrequenzen	Wind, Cosmote, Vodafone	380 Mio. Euro
2014	Hellinikon SA (Verwaltungsgesellschaft ehemaligen Flughafens von Athen)	Lamda Development SA	915 Mio. Euro
2013	Staatliche Lotterie	Hellenic Lotteries SA	190 Mio. Euro (+ 580 Mio. Euro Konzessionen über zwölf Jahre)
2013	OPAP (Lotto- und Sportwettenanbieter)	Emma Delta Hellenic Holdings Limited	622 Mio. Euro (+ 30 Mio. Euro über zehn Jahre und 60 Mio. Euro Dividende aus 2012)
2013	Hellenic Gas Transmission Operator (DESFA)	Azerbaijani oil company SOCAR	188 Mio. Euro
2011	Sportwettenlizenzen	OPAP	580 Mio. Euro
2011	OTE (Telekommunikationsunternehmen)	Deutsche Telekom	392 Mio. Euro
2011	Mobiltelefonlizenzen	OTE, Vodafone, Wind	381 Mio. Euro

Quelle: HRADF.

Griechenland:

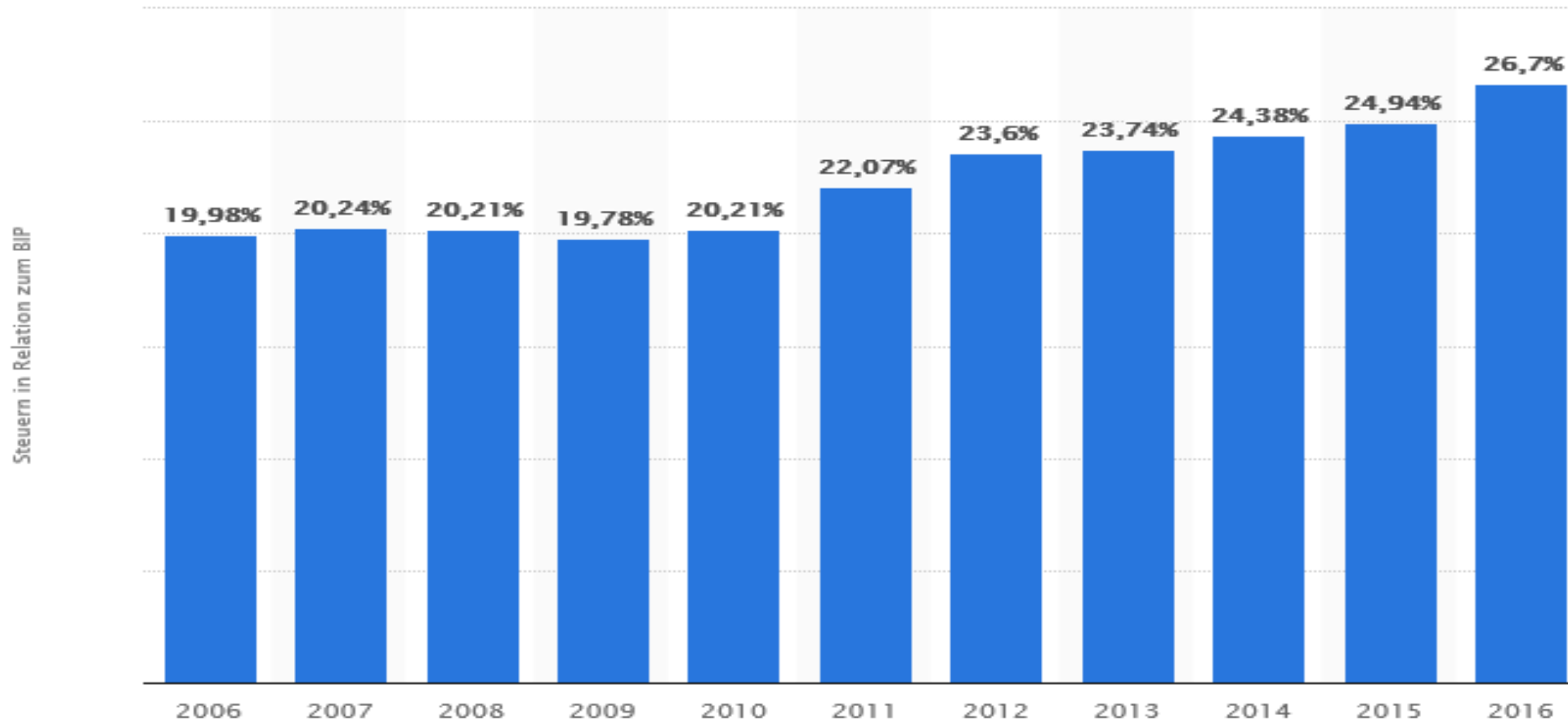
Staatseinnahmen und Staatsausgaben von 2008 bis 2018 (in Milliarden Euro)

Die Angaben beziehen sich auf den Gesamtstaat und beinhalten die Einnahmen und Ausgaben des Zentralstaats, der Länder, der Gemeinden und Kommunen sowie der Sozialversicherungen. Im Jahr 2018 betragen die Staatseinnahmen in Griechenland geschätzt rund 90,8 Milliarden Euro, während sich die Staatsausgaben auf geschätzt rund 90 Milliarden Euro belaufen werden.

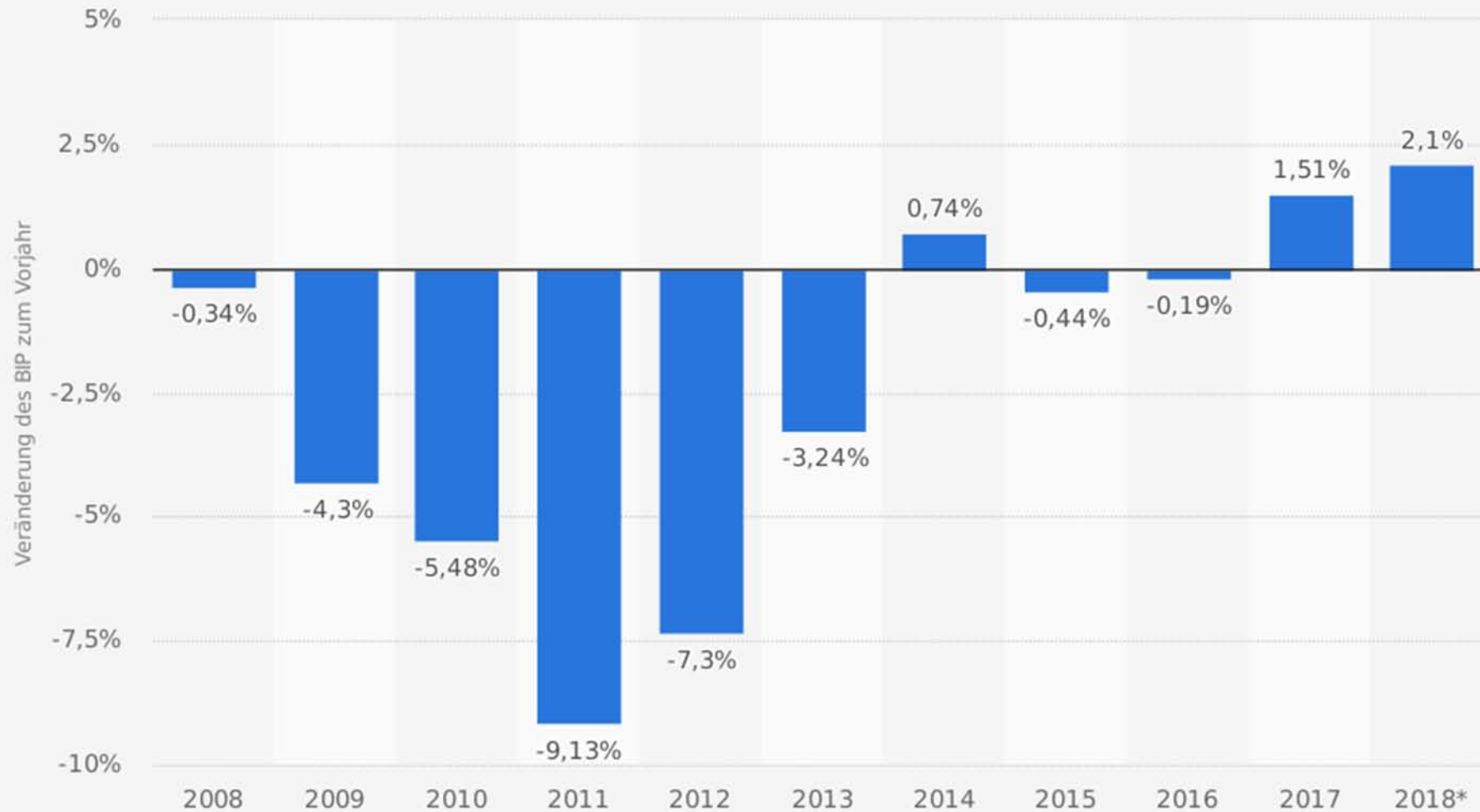


Griechenland: Steuerquote von 2006 bis 2016

Redaktioneller Hinweis: Zur Steuerpolitik in Griechenland umfassende Analyse von Axel Troost / Rainald Ötsch, „Umsteuern in Athen, Griechische Steuerpolitik unter SYRIZA und den Memoranden; in: Rosa Luxemburg Stiftung; Reihe Analysen Internationale Politik, Mai 2019



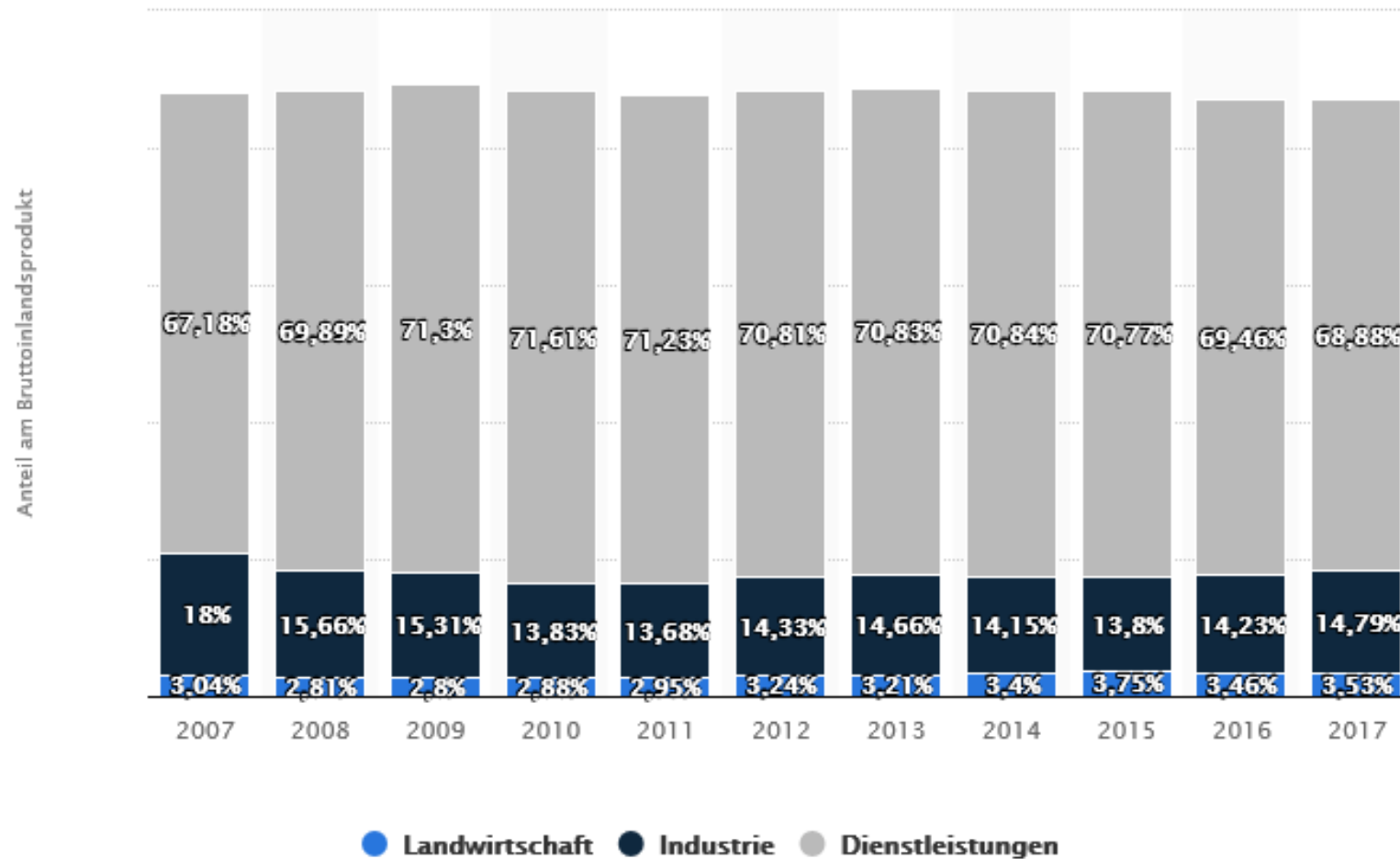
Griechenland: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2008 bis 2018 (gegenüber dem Vorjahr)



Quelle
IMF
© Statista 2019

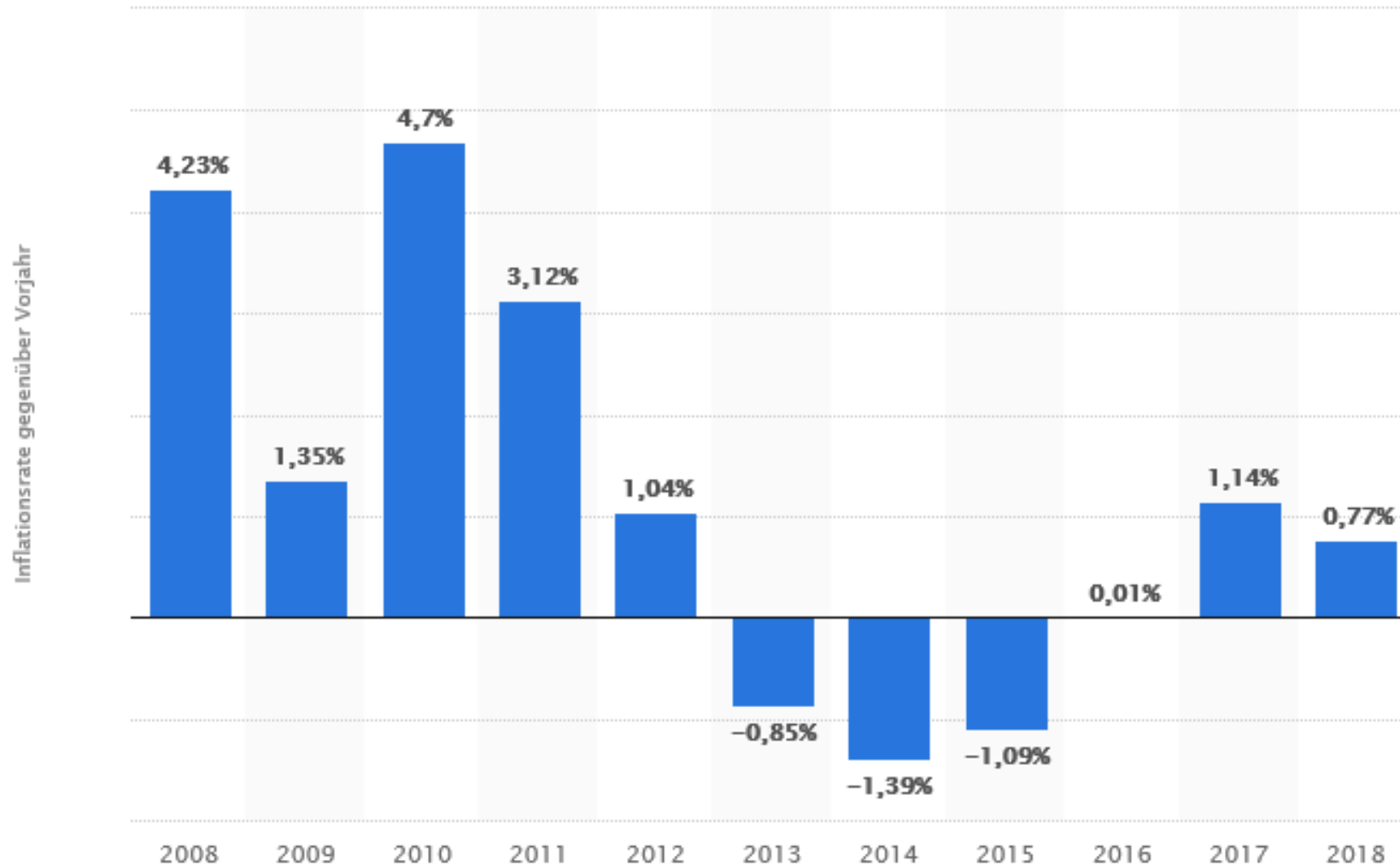
Weitere Informationen:
Griechenland

Griechenland: Anteile der Wirtschaftssektoren* am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2007 bis 2017: Industrieanteil von niedrigem Niveau aus geschrumpft



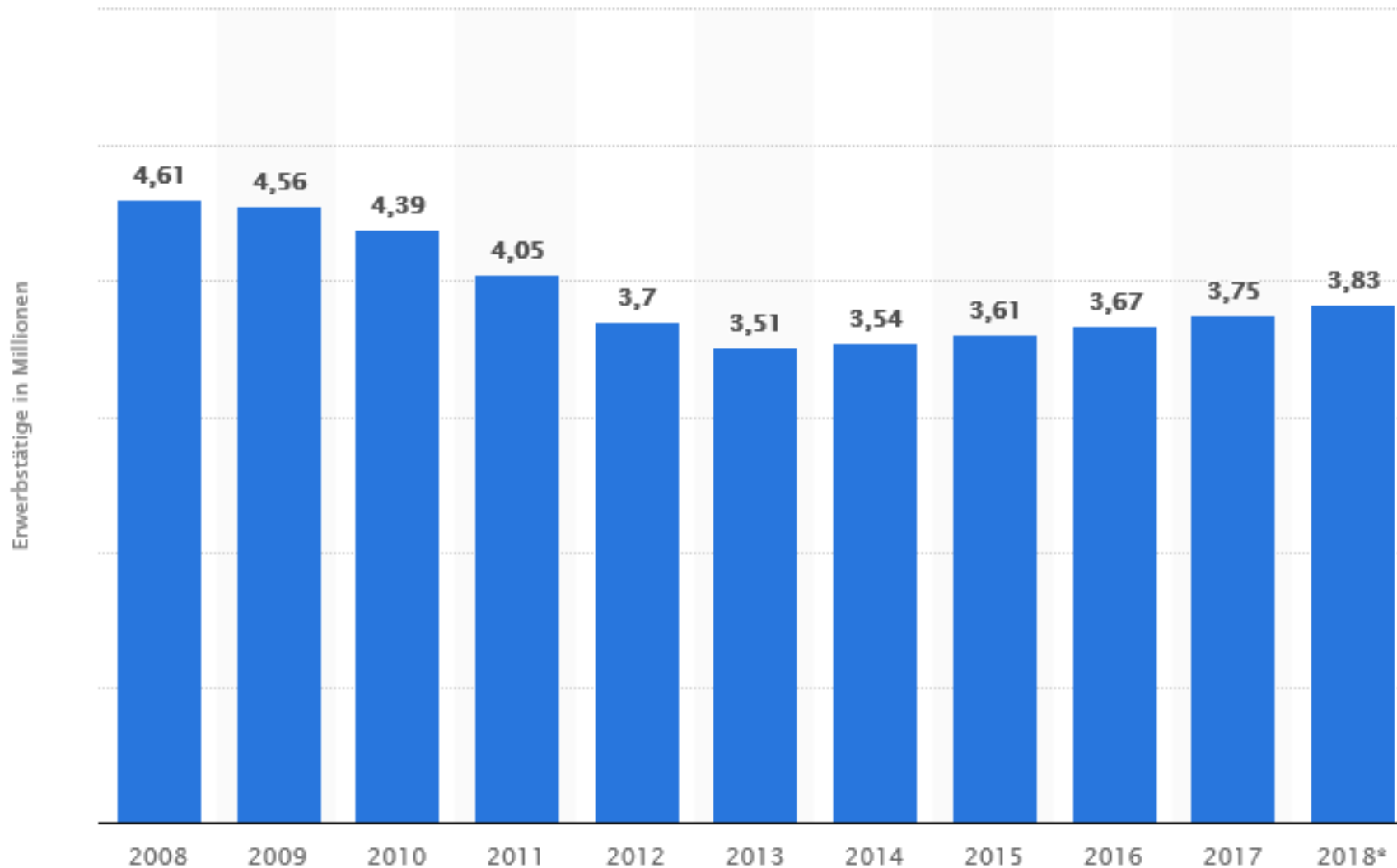
Griechenland: Inflationsrate von 2008 bis 2018 (gegenüber dem Vorjahr)

Die Inflationsrate bildet Veränderungen der Kosten für einen festgelegten Warenkorb ab, der eine repräsentative Auswahl an Waren und Dienstleistungen enthält. Sie wird aus dem Verbraucherpreisindex (VPI) abgeleitet.

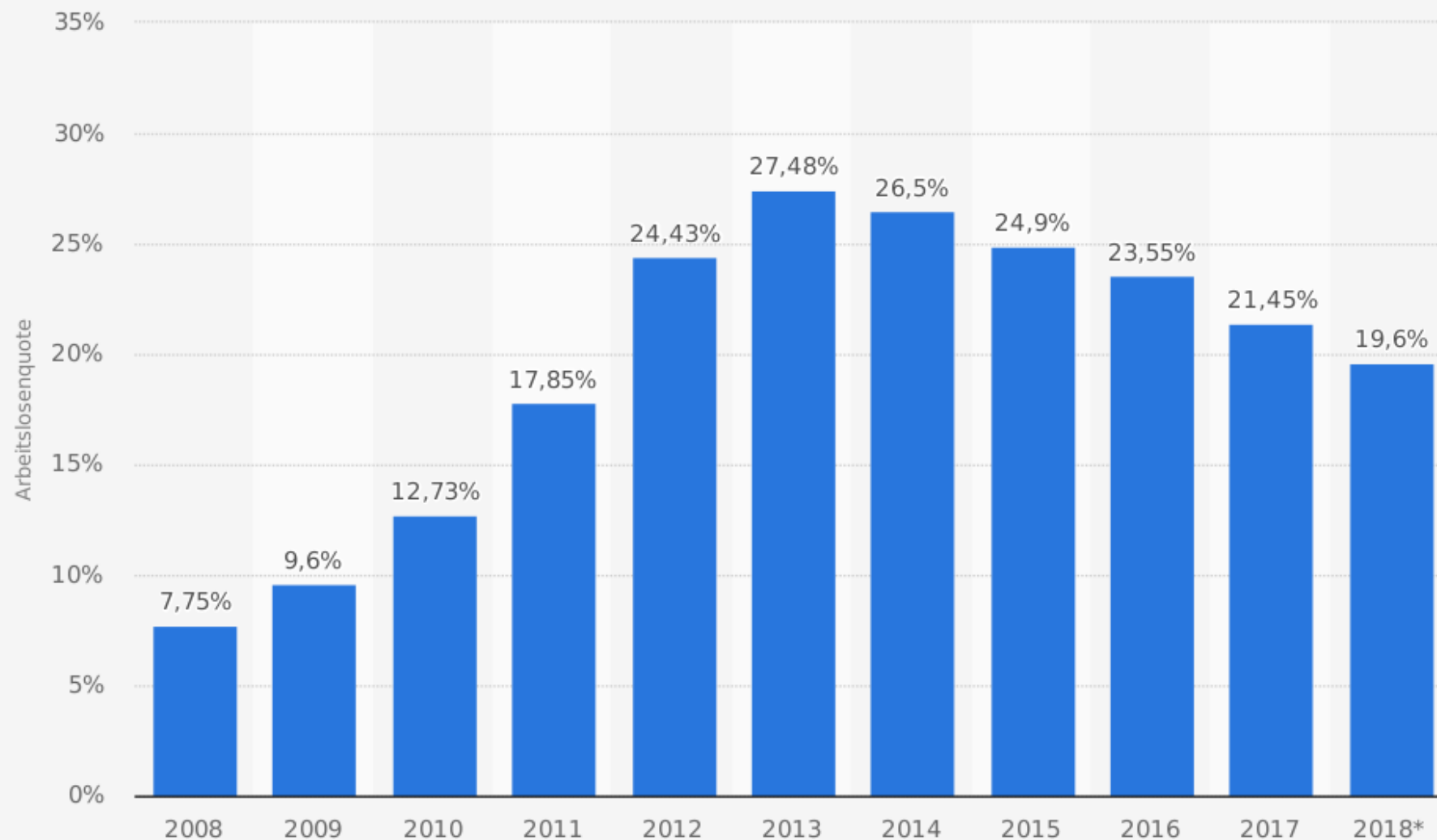


Griechenland: Anzahl der Erwerbstätigen von 2008 bis 2018 (in Millionen)

Die Statistik zeigt die Anzahl der Erwerbstätigen in Griechenland von 2008 bis 2018. Im Jahr 2018 gibt es in Griechenland geschätzt rund 3,8 Millionen Erwerbstätige.



Griechenland: Arbeitslosenquote von 2008 bis 2018



Quelle

IMF

© Statista 2019

Weitere Informationen:

Griechenland

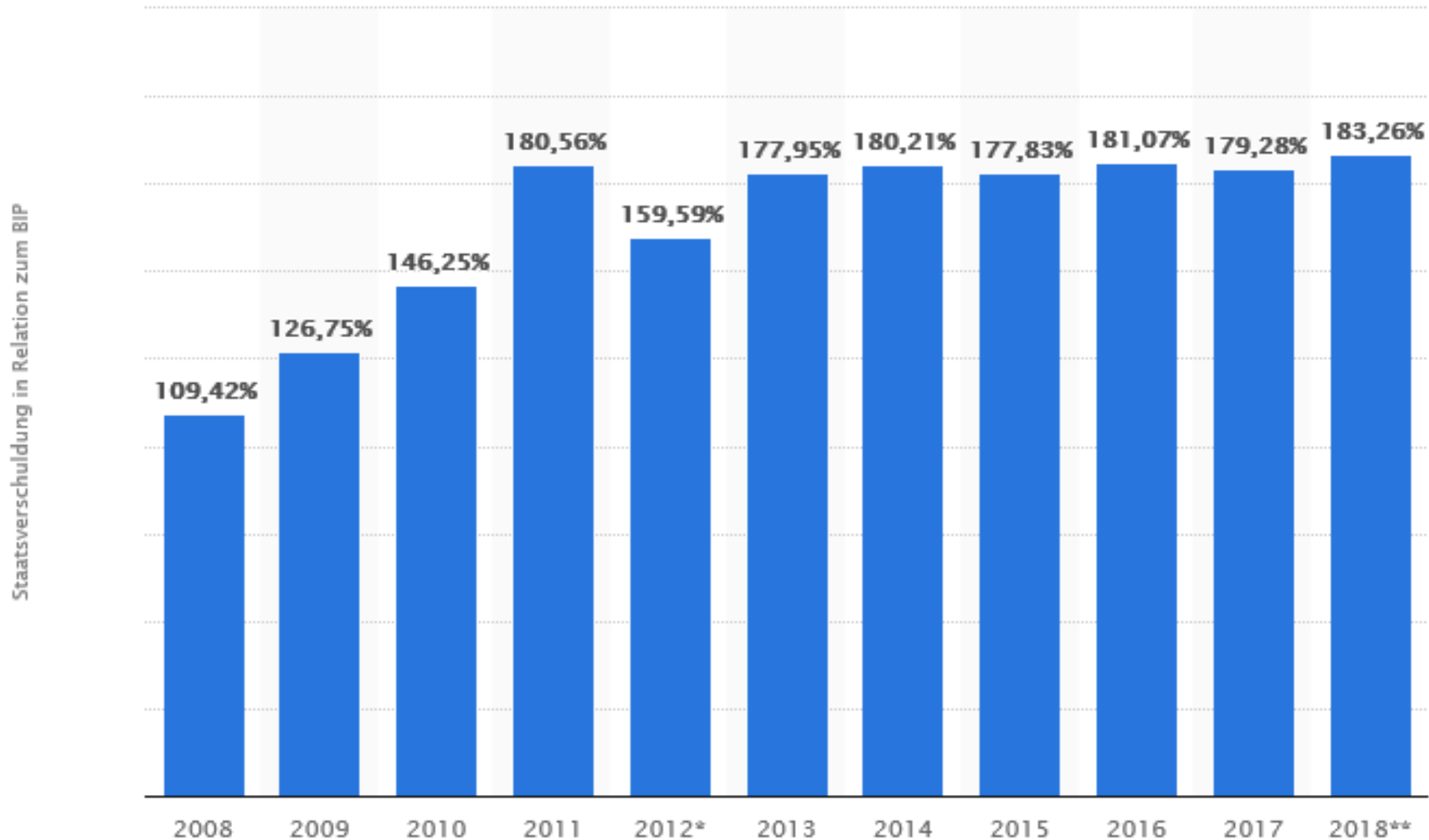
Griechenland: Handelsbilanzsaldo von 2008 bis 2018 (in Milliarden US-Dollar)

Im Jahr 2018 betrug das Handelsbilanzdefizit von Griechenland rund 25,7 Mrd. US- $\text{\$}$: Exporte 39,47 Mrd. US $\text{\$}$ minus Importe 65,14 Mrd. US $\text{\$}$.



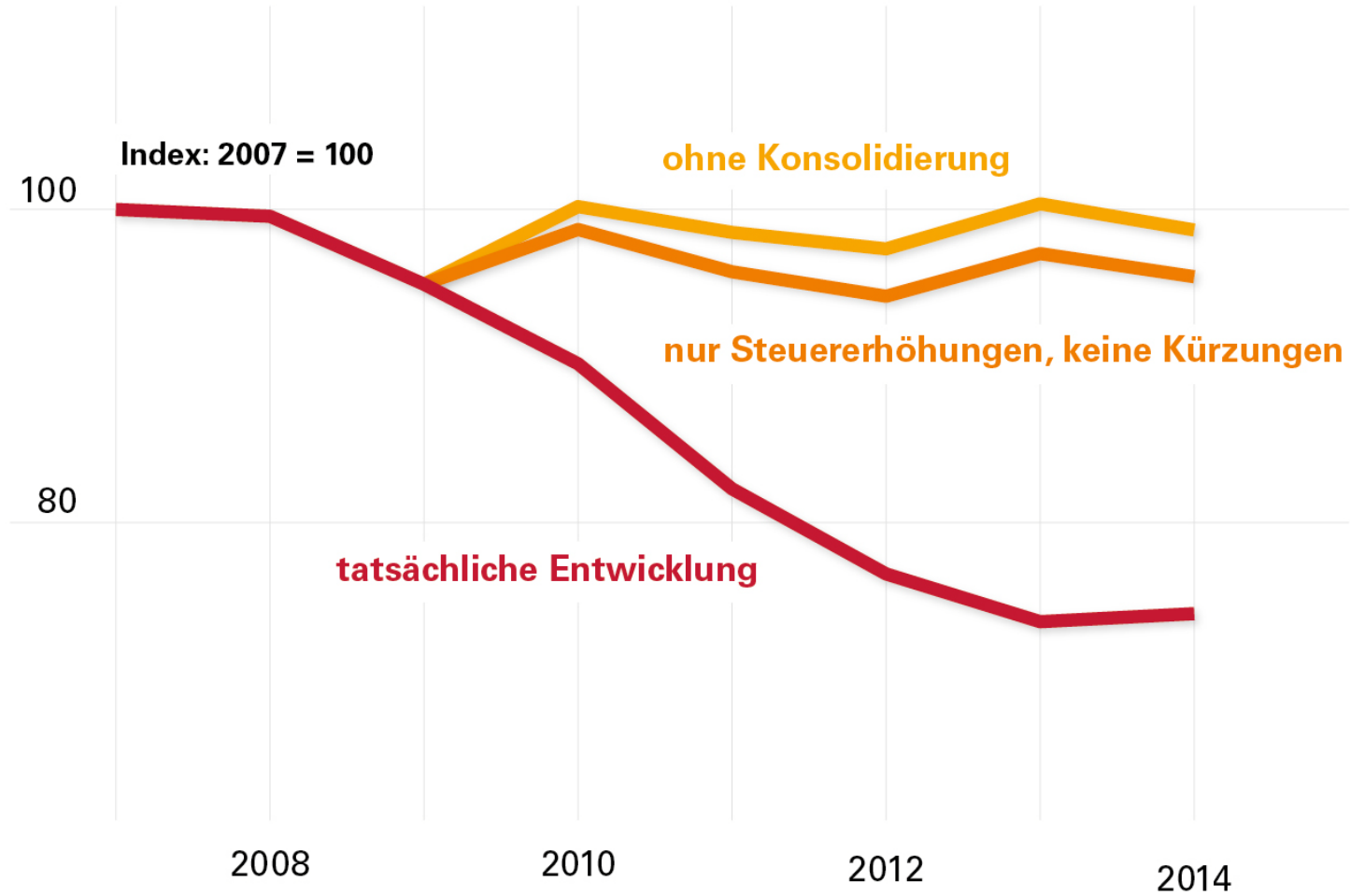
Nicht überraschende Enttäuschung Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in 2018 mit 183,26% Höchstwert

(Staatsschulden gegenüber 2017 stärker als das BIP gestiegen)



Ohne Austeritätspolitik besser dran

So hätte sich das reale BIP in Griechenland nach Berechnungen des IMK entwickelt ...



Alternativen: verpasst und noch machbar gegen die neoklassische Konstruktion „Finanzhilfen gegen sozialen Schrumpfstaat“

1. Verpasste Chancen

- * Vorgehen nach dem Londoner Schuldenabkommen von 1953: Hälfziger Schuldenerlass (mit damaliger Zustimmung Griechenlands) + Koppelung an Zahlungsfähigkeit durch Begrenzung des Schuldendienstes auf 3% der Exportüberschüsse
- * Zu Beginn der Krise sofort Kapitalverkehrskontrollen (zulässig nach EU-Vertrag)

2. Noch machbare Optionen: kompletter Ausstieg aus der Austeritätspolitik

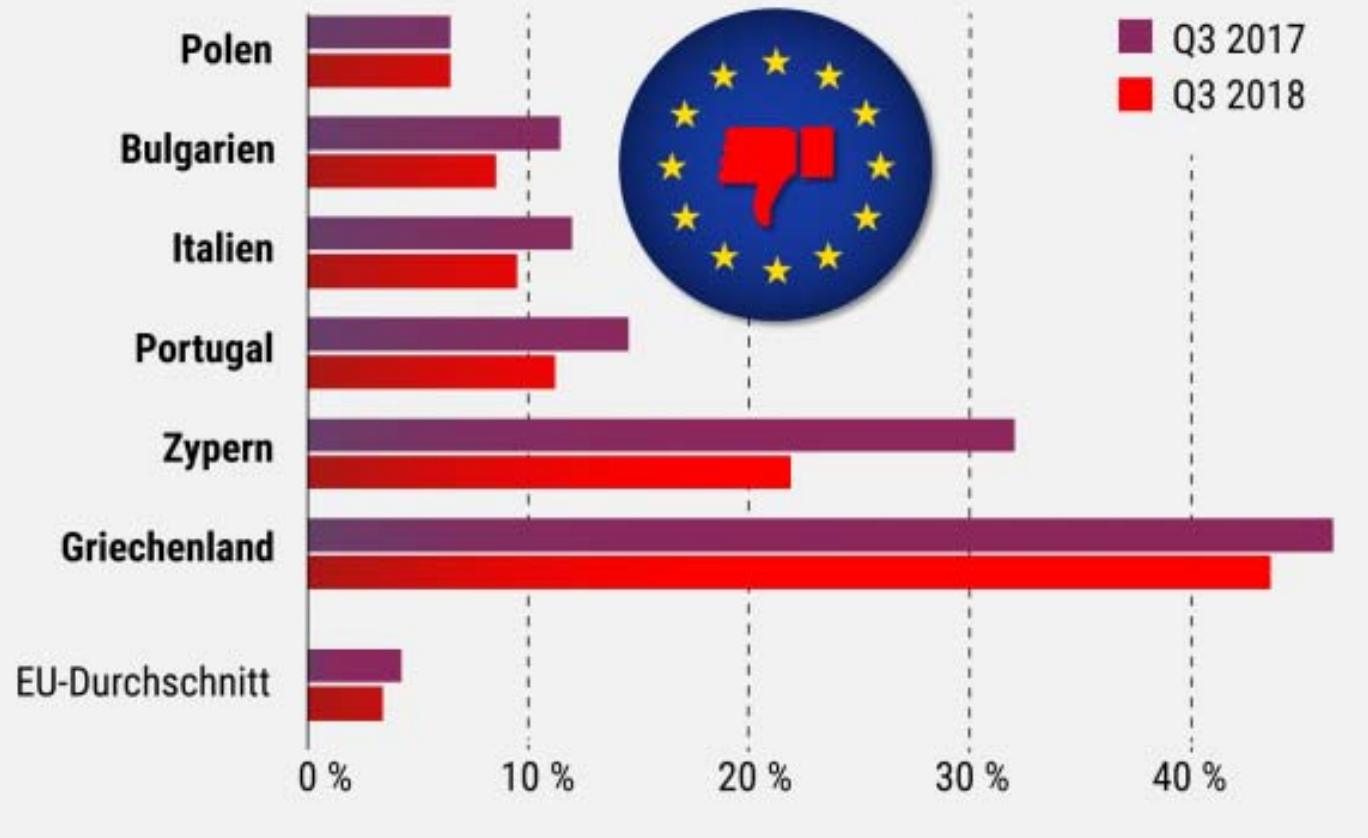
Die Schäden bzw. Belastungen werden noch Jahrzehnte Griechenland belasten.

Das Risiko fauler Kredite im Bankensystem (43,5%) kann schnell in eine erneute Finanzmarktkrise umschlagen.

- * Aufhebung des Ziels aus dem Memorandum zum 3. Hilfspaket 2015:
Primärüberschuss des Haushalts (ohne Kapitaldienst) mit 3,5% (schon ab 2018)
- * Soweit noch möglich, **Streichung von Staatsschulden** („Hair Cut“) statt Streckung der Schulden über viele Jahre
- * Auflage eines öffentlichen **Infrastrukturinvestitionsprogramms** mit ökologischem Schwerpunkt
- * Stabilisierung des **Sozial- und Gesundheitssystems**
- * **Wirtschaftsstrukturreformprogramm** zur Stärkung privater Investitionen (u.a. Exportsektoren)
- * Gegen das Risiko „**faule Kredite**“ im Bankensystem (43,5 %) ein Sanierungskonzept (unter Einbezug der Bankengläubiger („Bail-in“)).

Europas Sünder

Anteil notleidender Bankkredite in EU-Ländern, in Prozent (brutto)



Infografik: Media Pioneer

Quelle: EU-Kommission

- In den **grie-chi-schen Bank-bi-lan-zen** sind 43,5 Prozent aller Kre-di-te notleidend. Das dortige Bankensystem braucht dringend einen Big Spender – oder es kollabiert.

Die Regierungspartei Syriza schlug ein Bündel von Maßnahmen vor:

- * Umverteilung von Einkommen, Besteuerung von Reichtum und Abschaffung unnötiger Ausgaben
- * Reorganisierung und Konsolidierung der Mechanismen der Steuereintreibung
- * Besteuerung von Vermögen über eine Million Euro und von hohen Betriebseinkommen
- * allmähliche Anhebung der Steuer auf die Gewinne von SAs (= Anonymen Kapitalgesellschaften, d.h., solche ohne ausgewiesene/n Eigentümer) auf 45%;
- * Besteuerung von Finanztransaktionen
- * Sondersteuern auf den Kauf und Konsum von Luxusgütern
- * Aufhebung der Steuerbefreiungen für Schiffseigentümer und die Griechisch-Orthodoxe Kirche
- * Aufhebung von Bank- und Kaufmannsgeheimnis
- * Verfolgung von Steuerhinterziehung und Nichtbezahlung der Sozialversicherungsbeiträge
- * Verbot von durch Offshore-Unternehmen durchgeführten Transaktionen
- * Erschließung neuer europäischer Fonds, durch Eintreibung des deutschen Besatzungskredits und der noch offenen deutschen Reparationszahlungen

Lehren aus der Griechenlandkrise zur Reform der EU/Europäisches Währungssystem

Die Defizite müssen durch eine voranschreitende Vergemeinschaftung abgebaut werden:

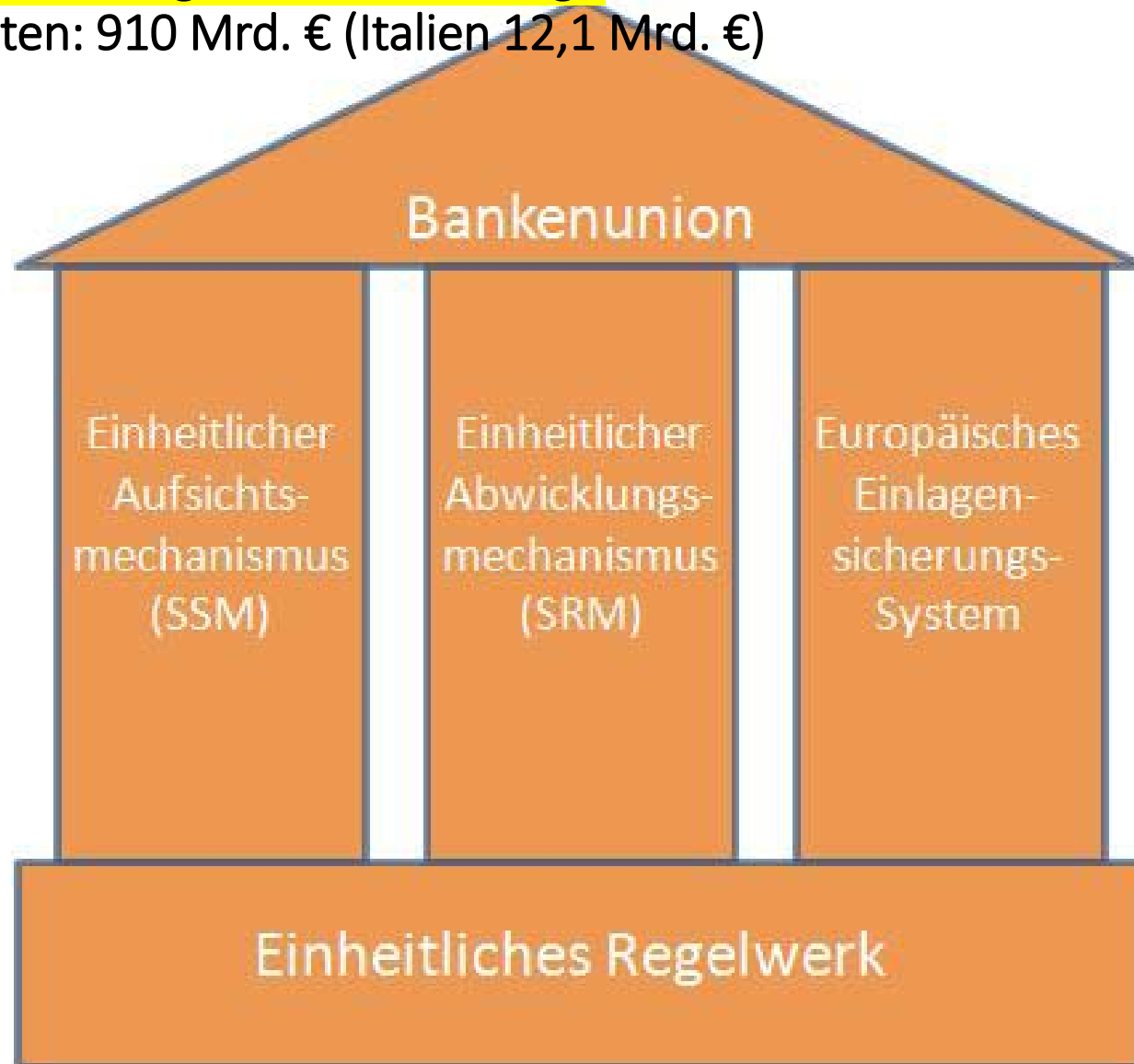
- * Gemeinsames Schuldenmanagement (Euro-Bonds)
- * Schnelle Schaffung der Bankenunion auf der Basis von Regulierungen
- * Ausbau der gemeinschaftlichen Haushaltspolitik (mit Eurobudget)
- * Gemeinschaftsinitiative für öffentliche Infrastrukturpolitik
- * Vergemeinschaftung der Arbeitslosenversicherung
- * Mindestnormen im System der Tariflohnfindung

- * Vorrangig: Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF)

Weiterentwicklung Finanzmarktunion: Lehre aus der Krise des hoch spekulativen Finanzmarktsystems (Kasinokapitalismus):

Die EU ist allerdings viel zu zögerlich reformfähig!

Risiko an faulen Krediten: 910 Mrd. € (Italien 12,1 Mrd. €)



Vom ESM zum Europäischen Währungsfonds“ (EWF)

Aus dem chaotischen Krisenmanagement mit Griechenland lernen

Schutzschirm auf Dauer durch EWF mit ausreichendem Volumen

(Vorschlag der EU-Kommission vom 6.12. 2017)

* vorausschauende Krisenvermeidung: makroökonomische Verantwortung

* effektives Krisenmanagement (etwa durch Kauf von Staatsanleihen von Pleite bedrohten Mitgliedsländern)

* Falls Mittel aus Fonds zur Abwicklung von Bankeninsolvenzen (SRF, Single

Resolution Funds) nicht ausreichen (Common Backstop)

Aufhebung der Konditionalität, also keine Bindung der Finanzhilfen an

Austeritätspolitik, sondern Stärkung der Wirtschaft und sozialer Zusammenhalt

Orientierung an einem monetär- und realwirtschaftlichen

Was ist künftig in der EU zu tun? Expansive Geldpolitik durch aktive Finanzpolitik unterstützen: Gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch Investitionsoffensive generieren!

- Restriktionen durch Fiskalpakt abbauen: Öffentliche Haushalte gesamtwirtschaftlich zur Nachfragestärkung einsetzen
- Für die gesamte EU: Öffentliche Investitionsoffensive – ***Junkerplan*** mit 315 Mrd. Volumen geht in die richtige Richtung; allerdings unterstellte Hebeleffekte zugunsten privater Investitionen naiv; Multiplikator von 15 - 100 € öffentlich veranlasster Investitionen erhöhen das Bruttoinlandsprodukt um 150 €
Kritik Rechnungshof: Mitnahmeeffekte (1/3 auch ohne Fonds realisiert), Mehrfachprogramme, regionale Verteilung stark unausgewogen
- Krisenländer wie Griechenland: Wechsel von der Austeritätspolitik zu einer Politik des ökonomischen Aufbaus (Herkulesplan) + Reformen
- Für Deutschland: ein Infrastrukturfonds
 - * 10 Jahre pro Jahr 10 Mrd. €
 - * Abbau des Substanzverlustes beim öffentlichen Vermögen
 - * Stärkung der Gemeinden und Städte

Wie geht es weiter? Kontroverse über die weitere Vergemeinschaftung der Finanzpolitik: Vorschläge von Macron

1. Zukunft des EU- Gemeinschaftshaushaltes

- * Jahresbudget ca. 160 Mrd. € (derzeit 1,02 EU-BIP, soll auf 1,11 % erhöht werden)
- * Einzahlungen nach Brexit (ca. 11-12 Mrd. € mehr für Deutschland, MFR 2021-2017: 1,270 Bio. €)
- * Eigene EU-Steuer?

2. EU- Investitionsfonds (Teil des EU-Gemeinschaftshaushaltes) mit ca. 25 Mrd. € in einem Fonds (allokativ ausgerichtet; für Infrastruktur

3. Eigenes Eurozonenbudget

Diskutiertes Volumen ca. 25 Mrd.€; droht Alibifunktion zu übernehmen
Innerhalb des EU-Haushalts; keine Gegensteuerung zur Krise, nicht als makroökonomischer Stabilisator konzipiert; eher Finanzhilfen zur Durchsetzung neoliberaler Strukturreformen
Beschlüsse der EU-Finanzminister vom 13.6.2019: schwach, jedoch in die richtige Richtung!

4. Eigener Finanzminister für den Euroraum mit Entscheidungskompetenz

5. Ausrichtung der Finanzpolitik: Funktional gestaltende Finanzpolitik statt Austeritätspolitik (auch konditionierte Hilfen zum Abbau der Staatsschulden mit negativen Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung)

Schwerpunkt: Defizite bei der Vergemeinschaftung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und Empfehlungen zur wirtschaftsliberalen Deregulierung in einzelnen Ländern dominieren:

1. Sozialsystem gegen sozial-ökonomischen Abstieg, Arbeitslosigkeit und Armut zu wenig aktiv, ja, kontraproduktive Maßnahmen durchgesetzt

Forderungen: Mindeststandards für Arbeitslosenversicherung sowie EU-weite Mindestlöhne

2. „Empfehlungen“ zum Abbau von Standards der Arbeit, der Lohnfindung und Mindestlohnabbau sowie Abbau von Arbeitsversicherungsleistungen dominieren *Basis der Einflussnahme auf Mitgliedsländer: „Das Europäische Semester“ (2010)*

* EU-Institutionen als neoliberaler Agendasetter in den Mitgliedsstaaten – auch durch Unterstützung der nationalen Wirtschaftsverbände

* Nicht nur Symbolik, vielmehr Druck durch Androhung von Sanktionsmechanismen („gewisse Verbindlichkeit“) im Rahmen des „Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)“ auch über Struktur- und Kohäsionsfonds

Forderung: Ausbau der Schutzrechte für abhängig Beschäftigte sowie Stärkung der tariflichen Lohnfindung

Grundlegende institutionelle Defizite: Reformen zur demokratischen Fundierung

- * Reduzierung der Mitglieder in der Kommission (derzeit Vorschlag auf 17)
- * Die drei Institutionen neu justieren: Rat der EU (Ministerrat) / Kommission / Europäisches Parlament
- * Stärkere Verankerung mit der demokratischen Entscheidungsfindung in den Mitgliedsländern
- * Diskussion über die Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips: Was regelt die EU /Was regelt der Mitgliedstaat?
- * Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzip in Grundfragen der EU
- * Demokratisch legitimierte Macht auf der EU-Ebene: Leitbild Bundesstaat?
- * Derzeit keine Chance für ein Finanzausgleichssystem (vergleichbar mit Deutschland nach dem Prinzip „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ über die angemessene Angleichung der Finanzkraft

Danke für Ihre Aufmerksamkeit mit dem Wunsch
auf eine intensive Diskussion!

